

Verantwortl. Redakteur: M. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: M. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch.

Die Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs für das deutsche Reich erledigte in den Sitzungen vom 27. Februar bis 1. März zunächst die Vorarbeiten über den Erwerb des Eigentums an Grundstücken (§§ 868-873).

Zu § 868, der bestimmt, daß die zur Uebertragung des Eigentums an Grundstücken erforderliche Auflassung vor dem Grundbuchamt erfolgen muß, wurde die Vorarbeit angenommen, daß die zur Uebertragung des Eigentums an einem Grundstück nach § 828 erforderliche Einigung des Verkäufers und des Erwerbers über den Uebergang des Eigentums vor dem Grundbuchamt oder vor Gericht oder vor einem Notar erklärt werden muß. Sodann fand der weitere Antrag, im Aufschuß an den zu § 868 gefassten Beschluß, den § 828 dahin zu ändern, daß die Beteiligten an die nach § 828 erforderliche Einigung über die beabsichtigte Rechtsänderung vor der Eintragung auch dann gebunden sind, wenn die Erklärungen vor Gericht oder vor einem Notar erfolgt sind, Zustimmung der Mehrheit. Zu einer lebhaften Debatte gab die in verschiedenen Anträgen angeregte Frage Veranlassung, ob und unter welchen Voraussetzungen der Erwerber mit dem Eigentum an dem Grundstück auch das Eigentum an dem Zubehör des Grundstücks erlangen soll. Abweichend von dem Entwurf wurde beschlossen, daß der Erwerber mit dem Eigentum an dem Grundstück im Zweifel auch das Eigentum an dem zur Zeit des Erwerbes des Grundstücks im Eigentum des Verkäufers stehenden Zubehörteilen (ohne Uebergabe) erlangen soll. Die Frage, unter welchen Voraussetzungen der Erwerber mit dem Eigentum an dem Grundstück auch das Eigentum an den nicht im Eigentum des Verkäufers stehenden Zubehörteilen erlangen solle, blieb bis nach der Beratung der §§ 877 bis 880 ausgelegt.

Der § 869, welcher die Auflassung durch den Erben des eingetragenen Eigentümers ohne vorgängige Eintragung des Erben für zulässig erklärt, wurde mit Rücksicht darauf, daß nach den zu § 828 gefassten Beschlüssen die Wirksamkeit der Eigentumsübertragung — abweichend von dem Entwurf — überhaupt nicht mehr davon abhängig sein soll, daß der Verkäufer als Eigentümer eingetragen ist, gestrichen. Man ging jedoch davon aus, daß in der Grundbuchordnung von der aufzunehmenden Verordnungschrift, wonach eine Eintragung nur auf Grund der Einwilligung des eingetragenen Eigentümers erfolgen solle, eine dem § 869 entsprechende Ausnahme zugelassen sei. Die §§ 870, 871 regeln die Frage, ob und in welcher Art eine Auflassung unter Bedingungen oder Zeitbestimmungen erfolgen kann. Der § 870 erklärt die Auflassung unter einer aufschiebenden Bedingung oder einem Anfangstermin für unwirksam, dagegen läßt der § 871 eine Auflassung unter einer auflösenden Bedingung oder einem Endtermin zu. Es wurde beschlossen, die §§ 870, 871 durch die Vorschrift zu ersetzen, daß die Auflassung unter einer Bedingung oder Zeitbestimmung unwirksam sei. Einvernehmen herrschte, daß nach den Beschlüssen zu § 844 eine Vorbemerkung auch zur Sicherung eines bedingten oder betagten Anspruchs auf Auflassung eingetragen werden könne.

Die Vorschriften des § 872 über die Dereliction eines Grundstücks und die Zueignung eines aufgegebenen Grundstücks wurden unter Ablehnung aus § 873 auf Streichung gerichtet. Auf Streichung wurde beschlossen, daß das Recht der Zueignung sich nicht, wie der Entwurf bestimmt, nach den Landesgesetzen richten, sondern dem Fiskus des Bundesstaats zufallen soll, in dessen Gebiet das Grundstück gelegen ist. In den Entwurf des Einführungsgesetzes soll jedoch der Vorbehalt aufgenommen werden, daß die landesgesetzlichen Vorschriften unberührt bleiben, nach welchen das Zueignungsrecht einer bestimmten anderen Person zusteht. Das nach gemeinem Recht einem jeden zustehende Offputationsrecht ist nicht durch diesen Beschluß beschränkt. Die Vorschriften des Abs. 3 des § 872 über die Bestellung eines einstweiligen Vertreters wurden in die Zivilprozessordnung vertrieben, jedoch unter Streichung des zweiten Satzes, welcher die Kosten der Vertretung demjenigen zu Last legt, auf dessen Antrag der Vertreter bestellt ist.

Der § 873 gewährt dem Besitzer eines Grundstücks unter gewissen Voraussetzungen die Möglichkeit, im Wege eines Aufgebotsverfahrens auf Grund des Ausschlusses der Eintragung als Eigentümer zu erlangen und dadurch das Eigentum an dem Grundstück zu erwerben. Die Zulässigkeit des Aufgebotsverfahrens ist davon abhängig gemacht, daß ein Anderer als Eigentümer eingetragen, aber verstorben ist und der Antragsteller seit dem Tode des Grundstücks dreißig Jahre besitzt. Dem gegenüber wurde beschlossen, das Aufgebotsverfahren nicht nur in diesem Fall, sondern auch dann zu gestatten, wenn der Antragsteller selbst als Eigentümer eingetragen oder das Grundstück überhaupt nicht gehört ist, in diesen letzten beiden Fällen aber das Aufgebotsverfahren dann zuzulassen, wenn der Antragsteller das Grundstück seit 30 Jahren besitzt. Im übrigen erfuhr der sachliche Inhalt des § 873 keine Änderung; doch sollte die auf die Zulässigkeit für das Aufgebot und die auf das Verfahren sich beziehenden Vorschriften (vgl. Abs. 1, 3, 4) in der Zivilprozessordnung eingefügt werden. Als § 873a war die Vorschrift beantragt, daß derjenige, welcher ein fremdes Grundstück besitzt und als dessen Eigentümer in das Grundbuch eingetragen ist, das Eigentum an dem Grundstück erwirbt, wenn der Besitz und die Eintragung 30 Jahre bestanden haben. Auf die Berechnung der Frist sollten die Vorschriften über die Berechnung der Fristenzeit bei der Erstigung beweglicher Sachen (§§ 882 bis 887) mit der Maßgabe entsprechende Anwendung finden, daß der Kauf der Frist gekehrt ist, so lange ein Widerspruch gegen die Eintragung des Besitzers als Eigentümers eingetragen ist (vgl. § 844). Die Mehrheit entschied sich für die Annahme des Antrages.

Die Beratung wandte sich sodann den Vorschriften über den Erwerb des Eigentums an beweglichen Sachen durch Rechtsgefahr (§§ 874 bis 880) zu. Der im § 874 Abs. 1 zum Ausdruck gelangte Satz, daß die rechtsgeschäftliche Uebertragung des Eigentums an einer beweglichen Sache

sich unabhängig von dem Rechtsgrund durch sogenannten dualischen Vertrag und Uebergabe der Sache vollzieht, wurde sachtig gebilligt. Man war jedoch einverstanden, daß unter der Uebergabe nur die Einräumung und die Erlangung der tatsächlichen Gewalt zu verstehen sei und dadurch die Spezialbestimmung des Abs. 2 sich erledige, nach welcher, wenn der verkaufter Eigentümer nicht Besitzer, sondern nur Inhaber der Sache sei, die Uebergabe der Sache dadurch ersetzt werden soll, daß er dem Erwerber die Inhabung einräumt und dieser den Besitz ergreift (vgl. § 813 Abs. 2). Der Abs. 3 wurde in dem Sinne angenommen, daß die bloße Willenseinigung des Verkäufers und des Erwerbers über den Eigentumsübergang genügen soll, wenn der Erwerber die Sache bereits besitzt, d. h. die tatsächliche Gewalt hat. Die Fassung der beschlossenen Vorschriften blieb der Reaktionskommission vorbehalten; wie im § 828 soll inessen auch hier vermindert werden, von einem zwischen dem Eigentümer und dem Erwerber zu schließenden, auf die Uebertragung des Eigentums gerichteten Vertrag zu sprechen. Nach dem § 874 Abs. 1 in Verbindung mit dem § 805 kam die zum Zweck der Uebertragung des Eigentums erforderliche Uebergabe auch durch sog. constitutum possessorium erfolgen, wenn der verkaufter Besitzer auf Grund eines zwischen ihm und dem Erwerber bestehenden Rechtsverhältnisses befristet oder verpfändet ist, die Sache als Inhaber für den Erwerber zu behalten. Die Mehrheit trat dem Entwurf sachtig bei. Die Beratung des Antrages, das constitutum auszuscheiden, wenn die Umstände ergeben, daß durch die Veräußerung dem Erwerber Sicherheit wegen einer Forderung verschafft werden solle, wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Deutschland.

Berlin, 7. März. Der Geschäftsausschuß des deutschen Ärztevereins-Bundes hat am Sonntag unter Zuziehung von Vertretern der verschiedenen Ärztekammern den Entwurf eines Reichsgesetzes einer einigenden Beratung unterzogen. Anwesend waren: die Mitglieder des Geschäftsausschusses, Dr. Graf - Elberfeld, Aufmännchen, Becher-Berlin, Busch-Krefeld, Kimmann-Mannheim, Endrim-Frankfurt a. M., Lohmann-Hannover, Kauter-Greifswald, Hillmann-Halle a. S., Pfeiffer - Weimar, Vandsberger - Posen, Wallisch-Altona und eine Anzahl Vertreter von Ärztekammern. Den Vorsitz führte Dr. Graf - Elberfeld. Als Referenten fungierten: Pfeiffer-Weimar und Aufmännchen. Die Beschlüsse lauten:

„Der durch Vertreter der deutschen Ärztekammern erweiterte Geschäftsausschuß des deutschen Ärztevereins-Bundes hat in seiner Sitzung vom 5. März d. J. zu dem Entwurf eines Reichsgesetzes in folgender Weise Stellung genommen. 1. Ein Reichsgesetz, welches seit Jahren von den deutschen Ärzten einstimmig gefordert wurde, mußte notwendig einer einigenden Beratung durch die ärztlichen Landesvertretungen unterstellt werden. 2. Da aber der ärztlichen Landesvertretungen eine Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfes nicht ermöglicht worden ist, so müssen wir uns darauf beschränken, diejenigen Punkte herauszugreifen, welche den ärztlichen Stand als solchen angehen und durch folgende Beschlüsse unserer Auffassung Ausdruck zu geben. a) Wir halten es für zweckentsprechend, daß den dringendsten Bedürfnissen durch eine Beschränkung des Gesetzes auf die im § 1 Abs. 1 des Entwurfs genannten Krankheitsgruppen (Cholera, Malaria, Gelbfieber, Pest, Fleckfieber) genügt wird, umschrieben das Rechts der einzelnen Landesbehörden, für weitere Krankheiten Bestimmungen zu treffen. b) Die Anzeigepflicht soll den Ärzten möglichst erleichtert werden und erachten wir in dieser Richtung die einmalige Anzeige für ausreichend. c) Da den zur Anzeige verpflichteten Ärzten keinerlei Ausgaben hierbei erwachsen dürfen, halten wir für selbstverständlich, c) Wenn Ermittlungen durch den beamteten Arzt vorzunehmen sind, erachten wir es für wünschenswert, daß der behandelnde Arzt hiervon benachrichtigt werde. d) Für die Entwicklung der Gesetzgebung auf diesem Gebiete ist es notwendig, daß die beamteten Ärzte durch festgesetztes pensionistisches Gehalt von der Praxis unabhängig gestellt werden, so daß das Amt nicht mehr eine Nebenfunktion bildet. e) Die Bekämpfung der gemeingefährlichen Krankheiten ist wesentlich gefährdet durch die Freigabe der Heilanstalt an nicht dafür vorgesehene Personen (Krankenfänger). Eine Anzeigepflicht derselben halten wir für nutzlos, und wünschen die gemeingefährliche Ausbreitung des Kuppelverbot nicht durch die Aufnahme der Anzeigepflicht der Kuppelwieder festgestellt zu sehen, wie dies im § 2 Ziffer 2 des Entwurfs enthalten ist. f) Für die Hinterlassenen derjenigen Ärzte (inklusive Amtsärzte), Geistlichen, Krankenpfleger und Polizeibeamten, welche im Auftrage der zuständigen Behörde mit Personen, welche an übertragbaren Krankheiten leiden, in Berührung kommen, dabei selbst erkranken und in Folge der Krankheit sterben, hat Fürsorge aus öffentlichen Mitteln nach Maßgabe landesgesetzlicher Regelung zu erfolgen.

— Die freimüthige Partei des Reichstags wird morgen zu einer Besprechung über ihre Stellung zu der Militärverlage zusammenzutreten. — Die Justizkommission des Abgeordnetenhauses beschloß, dem Plenum zu empfehlen, verschiedene Petitionen von Gerichtspräsidenten der königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, und dabei die Erwartung auszusprechen, daß die Aufbesserung der Gehälter der Gerichtspräsidenten durch die königliche Staatsregierung — noch in diesem Jahre — in Angriff genommen werde.

— Der Jahresbericht der Reichsbank spiegelt die im Handel, der Industrie und dem ganzen Verkehrsleben während des Jahres 1892 herrschende Depressions wieder. Der Bericht gibt aber auch zugleich Zeugnis davon, in welcher ausgedehnten Maße die Reichsbank dem gesamten Geschäftsleben und dem Publikum dient. Der Gesamtumsatz betrug 104 489 335 000 Mark (= 5 443 914 000 Mark). Der Bankumsatz betrug sich im Durchschnitt des Jahres 1892 auf 3 203 Prozent für Wechsel und auf 3 703 Prozent bzw. 4 203 Prozent für Lombarddarlehen. An Banknoten sind durchschnittlich 984 736 000 Mark im Umlauf und mit 95,67 Prozent durch Metall gedeckt gewesen. Im Giroverkehr hat der

Umsatz rund 78 215 Millionen und einschließlich der Ein- und Auszahlungen für Rechnung des Reichs und der Bundesstaaten 82 611 Millionen Mark betragen. Im 3. Jahresabschluß beliefen sich die Guthaben der Girokassen auf rund 227 255 000 Mark. Der Reservefonds hat bereits im vorigen Jahre die gesetzliche Höhe von 30 Millionen Mark erreicht. Die Grundstücke hatten am 31. Dezember 1892 einen Buchwert von 22 913 500 Mark. An Wechseln wurden gekauft und zur Einziehung übernommen 3 162 604 Stück über 4 938 101 037,08 Mark. Außerdem sind für Rechnung der Girokassen 460 904 Markwechsel über 958 854 956,98 Mark eingezogen. Von den am 31. Dezember 1892 im Bestande gewesenen inländischen Wechseln waren fällig: binnen 15 Tagen 211 816 500 Mark, binnen 16 bis 30 Tagen 120 062 800 Mark, binnen 31 bis 60 Tagen 154 844 300 Mark und binnen 61 bis 90 Tagen 112 105 500 Mark, zusammen 598 829 100 Mark. An Lombarddarlehen wurden erteilt 907 015 550 Mark und blieben am Schluß des Jahres 1892 ausstehen 118 896 450 Mark. Im Zahlungsumsatz wurden 6626 Stück über 131 490 435,06 Mark erteilt. Im Kasse- und Wechselverkehr waren Ende 1892 237 994 Depots im Nennwert von 2 472 929 680 Mark in 3806 verschiedenen Effektenkassungen niedergelegt. Im Zins bezug. Gewinnaufteilen sind von den verwahrten Wertpapieren im Laufe des Jahres 93 926 309,98 Mark eingezogen. Der Gesamtumsatz für das Jahr 1892 betragen: 22 355 215,94 Mark. Davon gehen ab: 1. die Verwaltungskosten mit 8 306 654,52 M., 2. die Ausgaben für Anfertigung von Banknoten von 114 950 Mark, 3. die an den preussischen Staat zufolge § 6 des Vertrages vom 17. bis 18. Mai 1875 zu leistende Zahlung von 1 865 730 Mark, 4. d. r. für zweifelhafte Wechselforderungen reservierte Betrag von 18 091,31 Mark, 5. andere Abschreibungen 59 918,23 Mark, zusammen 10 365 344,06 Mark. Es bleibt daher ein Reingewinn von 11 989 871,88 Mark. Davon erhalten: die Anteilseigner 3 1/2 Prozent von 120 000 000 Mark, gleich 4 200 000 Mark, und von dem Ueberschuss von 7 789 871,88 Mark, die Reichskasse 3 000 000 Mark und 1 342 403,91 Mark, zusammen 4 342 403,91 Mark, die Anteilseigner 3 000 000 Mark und 447 467,97 Mark 3 447 467,97 Mark, zusammen wie oben 7 789 871,88 Mark. Dem Gewinn der Anteilseigner von 3 447 467,97 Mark treten hierzu die am Schluß des Jahres 1891 unverändert gebliebenen 9863,83 Mark, zusammen also 3 457 331,80 Mark, wovon auf jeden Anteilseigner der Reichsbank als Rest dividende 86,40 Mark, mithin auf sämtliche 40 000 Anteile 3 456 000 Mark entfallen und 1331,80 Mark der späteren Berechnung vorbehalten bleiben. Hierdurch erhalten die Anteilseigner für das Jahr 1892 auf jeden Anteil von 3000 Mark zu der bereits empfangenen Dividende von 105 Mark, wie bereits oben mitgeteilt, noch 86,40 Mark dividende, zusammen 191,40 Mark, mithin einen Ertrag von 6,38 Prozent.

Halle a. S., 5. März. Nachdem, wie bereits gemeldet, die Cholera auch in der Provinzial-Anstalt bei Niesleben und damit im ganzen Saalkreise als erloschen angesehen werden kann, hebt der Landrath v. Werder die sämtlichen Vorkehrungen der Anstalt nach Außen hin, sowie zur Verhinderung der Ausbreitung der Krankheit im Saalkreise erlassenen Anordnungen auf. Er macht aber hierbei ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Polizeiverordnungen des Regimentspräsidenten zu Merseburg 1) vom 21. Januar 1893, betreffend das Verbot der Entnahme von Saalkreisern zu wirtschaftlichen Zwecken und die Verpflichtung zur Anzeige choleraverdächtiger Erkrankten, 2) vom 2. Februar 1893, betr. die Nichtbenutzung des Saalkreises, noch weiter in Kraft bestehen bleiben.

Frankreich.

Paris, 4. März. Der Kriegsminister hat das Programm für die großen Herbstmanöver aufgestellt. Die Reservetruppen sollen in geringerer Zahl herangezogen werden, als freierzeit geplant hatte. Die wichtigsten Manöver finden zwischen dem 2. und 3. Armeekorps unter der Oberleitung des Generals Billaud statt. Das 2. Korps soll aus seinen zwei aktiven Divisionen, der 3. und 4., und einer Reserve-Division zusammengesetzt sein. Das ihm gegenüberstehende 3. Korps umfaßt eine seiner aktiven Divisionen, eine Reserve-Division und die 2. Marine-Infanterie-Brigade. Die 2. Division des 3. Korps, die 6., bleibt in Paris, wo sie gegenwärtig steht. Die im Seine-Departement stehende 1. Kavallerie-Division wird für die Manöver unter dem Befehl des Generals Billaud gestellt werden. Die Manöver sollen zwanzig Tage dauern und finden zwischen Amiens, Reims und Compiègne statt. Der Präsident Carnot wird wahrscheinlich am 15. September der Parade anwohnen, die den Abschluß der Manöver bildet. Die übrigen Armeekorps haben vierzehntägige Divisions- oder Brigademanöver.

Auf gestern Abend hat die Syndikatskammer der Kellner im großen Saal der Arbeitsbehörde eine Versammlung abgehalten, um die Abschwächung der Stellenvermittlungsbüro zu besprechen. Um 8 1/2 Uhr war der Saal etwa bis auf ein Drittel gefüllt, als die Anarchisten gruppenweise angerückt kamen. Man wollte sie nicht einlassen und es entspann sich ein heftiger Kampf, bei dem es viele blutige Köpfe abgab, da die Männer mit Zedelschlägern auf einander einschlugen. Schließlich gelang es aber den Anarchisten in den Saal einzudringen, wo dann der Kampf mit erneuter Wuth fortgesetzt wurde. Ein Ende wurde dem Unfug erst dadurch gemacht, daß die Kämpen mit einem kräftigen Strahl aus dem großen Wasserbehälter übergoßen wurden, der über dem Saal angebracht ist und beim Ausbruch von Feuer Verwendung finden soll. Bekanntlich scheuten die Pariser das Wasser wie die Pest und so war der Saal schnell geräumt. Als draußen vor der Arbeitsbehörde die Polizei ein, nahm einige Verhaftungen vor und trieb die Streikenden auseinander.

Paris, 5. März. (Köln. Ztg.) Wir befinden uns hier in Erwartung der am 8. beginnenden Schwurgerichtsverhandlungen in der Verlesung Angelegenheit unter dem Druck einer gewissen schwülen Atmosphäre. Es wird angenommen, daß der Prozeß zwölf Sitzungen in Anspruch nehmen werde, in denen sich alle möglichen Dinge zutragen, allerlei unerwartete Wendungen eintreten und vor allem die angeordneten und befürchteten großen Namensenthüllungen ganz

unberechenbare Folgen nach sich ziehen könnten. Ist es Zufall oder wohlbedachte Absicht, daß in diesem Augenblicke der „Figaro“ der Welt Einzelheiten über die angeblich am 16. Januar in Berlin unter den Dreimächten vereinbarten Maßregeln für den Ausmarsch der deutschen Heere gegen Frankreich im Falle eines Krieges mitteilt? Ob annähernd richtig oder ziemlich ungenau, ob auf unrichtigen Daten oder auf geschickten Kombinationen beruhend, werden diese plötzlich in die ösen Panamapankreien hineingeworfenen Betrachtungen wahrscheinlich vielfach die Wirkung eines kalten Strahles ausüben und manche Kreise, die besonders den Anführer der Panamawuth ausgeht sind, einigermaßen erschüttern. Nach den Angaben des „Figaro“ würde Deutschland an seiner Westgrenze im Kriegsfalle zunächst drei Heere, bestehend aus neun Linien-Armeekorps, dem Gardekorps, den zwei bairischen und dem württembergischen Korps, aufstellen, während die Ostgrenze durch 7 Armeekorps, 4 Kavallerie-Divisionen und 4 Reserve-Armeekorps besetzt würde. Was die Aufstellung an der Westgrenze anbelangt, so würde der rechte Flügel derselben, oder die Nordarmee, bestehend aus dem 7., dem 10. und dem Gardekorps, zwischen Düsseldorf und Aachen aufmarschieren. Nur das Fußartillerie-Regiment des Gardekorps würde nach Metz befördert und dem dort zu bildenden ersten Belagerungspark zugeteilt. Das Gardekorps würde vor seinem Ausrücken seine Reserve-Regimenter aus Königsberg und Hannover und unterwegs diejenigen aus Kassel, Düsseldorf und Koblenz aufnehmen. Das 7. Korps hätte vier Kavallerie-Regimenter für die erste selbstständige Kavallerie-Division abzugeben und erhielte dafür zu jeder seiner Infanterie-Divisionen ein Reserve-Kavallerie-Regiment. Das Fußartillerie-Regiment dieses Korps bliebe in Köln stehen, und dort würde auch vom 5. Mobilmachungsart an das Gardekorps sein Hauptquartier errichten. Das 10. Korps würde zwischen Krefeld und Wesel Stellung nehmen. Die Zentrumsarmee würde das 4., 8. und 11. Korps umfassen, als Zielpunkt die Ardennen ins Auge fassen und am 6. Mobilmachungsstage auf der Linie Köln-Trier aufmarschieren. Eine unabhängige Kavallerie-Division würde sie begleiten. Wahrscheinlich würden auch hier die drei Infanterie-Divisionen beigegebenen Kavallerie-Regimenter bald durch Reserve-Kavallerieregimenter ersetzt werden und eine, vielleicht auch zwei neue Kavallerie-Divisionen bilden. Der linke Flügel der deutschen Aufstellung würde auf ausdrückliches Verlangen der italienischen Regierung bedeutend stärker sein als die beiden anderen Heere. Gleich bei Ausbruch der Feindseligkeiten würde er aus dem 3., 14., 15., 16. und dem 2. bairischen Korps bestehen und sich gegen die zwischen Mosel und Ardennen vereinigten französischen Streitkräfte richten. Das zweite bairische Korps und die Württemberger würden gleichzeitig eine starke Division an der Schweizer Seite machen. Sie würden außerdem in spätestens drei Wochen an vier Reservekorps einen starken Rückhalt finden, so daß die Italiener — nach der Meinung des deutschen Generalstabes, wie der „Figaro“ sagt — höchstens das 14., 15. und 16. französische Armeekorps gegen sich haben würden. Die Vertheilung der Vogelennäpfe würde das 15. deutsche Korps nicht weiter beschäftigen, sondern den zwischen Mailand, Kolmar, Schlettstadt und Zabern vertheilten Truppen zufallen. Der Hauptangriffspunkt der deutschen Heere würde von den Flügeln ausgehen, nach Belgien zu und auf das Thal der Dije, wo eben die Kaiserlichen ihren Weg nahmen, und an der Schweizer Seite auf das Loch von Verviers zu, wo sich die Verbindung mit den Italienern ergäbe. Soweit die Mittheilungen des „Figaro“, die unter anderem mit der Bemerkung eingeleitet werden, falls man sich begeben lassen sollte, die Möglichkeit der gegebenen Nachrichten zu bestritten, werde er sich begnügen, auf gewisse Einzelheiten nur noch näher einzugehen.

Während der „Figaro“ so mit grobem Behagen seine neueste Enttüllung aufstellt, äußert sich in andern Blättern Verärgert und Enttäuschung über das Ausbleiben des geoffenen russischen Flottenbesuchs. Cherbourg, Havre und Brest tritten noch heftig darum, wenn die Ehre des Empfanges das russische Geschwader kommt nicht. Der einzige Trug, den sich die Oppositionsblätter zu Gemüthe führen können, liegt in der heuchlerischen Erwägung: wahrscheinlich habe der Zar der heutigen Regierung die Ehre, Freude und Stärkung nicht gönnen mögen, die der Verbrüderungsjubiläum mit sich gebracht hätte.

Paris, 6. März. Deputiertenkammer, Schluß. Der Gesetzentwurf, welcher die Aufhebung zum Diebstahl, Mord, Raub und zur Brandstiftung durch die Presse unter Strafe stellt, wurde mit 266 gegen 22 Stimmen angenommen. Ein Änderungsantrag, durch welchen der vom Senate genehmigte Text des Entwurfs bezüglich der präventiven Verhaftung modifiziert wird, wurde, obwohl Bourgeois denselben bekämpft hatte, mit 285 gegen 245 Stimmen gleichfalls angenommen. Hieran folgt die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Beileidigung von Senatoren und auswärtigen Gesandten. Derselbe trat für den Gesetzentwurf ein. Nachdem Millard (radikal) sich gegen den Gesetzentwurf geäußert hatte, ergriß Ribot das Wort und erklärte, das Kabinett in seiner Gesamtheit schließe sich den Ausführungen Delleas an. Wer einen auswärtigen Gesandten beleidige, solle nicht vor eine Jury gestellt, sondern müsse einfach bestraft werden. Man könne nicht länger dulden, daß die auswärtigen Gesandten Beschimpfungen ausgesetzt seien. (Beifall.) Nachdem Millard und Pelletan den Gesetzentwurf bekämpft hatten, stellte Ribot die Vertrauensfrage. Die Kammer beschloß hierauf, mit 257 gegen 188 Stimmen, zur Beratung der einzelnen Artikel überzugehen, und genehmigte sodann den ganzen Gesetzentwurf.

Paris, 6. März. Die in Antarktis konfiszirten Papiere Arons werden morgen dem Untersuchungsrichter übergeben werden.

Großbritannien und Irland.
London, 5. März. Allen Anschein nach hat sich Ulster vor Randolph Churchill's geflügeltes Wort „Ulster will fight, and Ulster will be right!“ (Ulster wird kämpfen und Ulster wird recht haben!) ans Herz gelegt. Am Donnerstag Abend hatten die Drangemänner eine große Versammlung in der Ulster-Hall zu Belfast ab, um ihren Gefühlen gegen Glasfones Home Rule Luft zu machen. Der Geistliche Dr. Kane, Großmeister

der Drange-Kögen, forderte in feuriger Rede zum Widerstand gegen Home Rule auf: „Wir 100 000 Drangisten, unter der oranischen Fahne in Irland vereint, in Fühlung mit einer großen Masse unserer Brüder im ganzen Reich der Königin, werden uns nicht von Glasfones und den übrigen Verschwörern gegen die Einheit des Reiches zwingen lassen, den Home-Rule-Pfad, der zu unserer Unterdrückung und Verarmung führt, einzuschlagen! Falls man uns aber daran verhindert, auf gesetzlichem Wege die Einheit Großbritanniens und Irlands zu wahren, dann, ja dann ist es natürlich unsere Pflicht, zur Selbstwehr zu schreiten — was Gott verhüte!“ Das Parlamentenmitglied Johnston, der nächste Redner, wollte dem Vordränger im Ulsterismus nicht nachsehen; die Bibel in der Hand, legte er der Versammlung folgenden Eidsschwur vor: „Wir schwören hierbei feierlich auf die Bibel, im Angesicht des Himmels, bei der Union zu verharren, und sollten wir die Schlacht am Boyneflus nochmals durchzufechten haben.“ Die Versammlung sprach den Eid stehend nach und sang darauf Rule Britannia und God save the Queen. Als darauf ein anderer Redner die Anwesenden aufforderte, ihre Führer zu wählen, rief man ihm zu: Oberst Sanderson! Woher! Zweifellos werden sich beide Offiziere durch die Wahl sehr geehrt fühlen. Nachdem trat der Großmeister vor mit einem Abrund der Home-Rule-Berlage in der Hand, die er, im Namen Ulsters, der Freiheit, der Menschheit, in tausend Stücke zerriß.

Rußland.

Moskau, 6. März. Wegen widergesetzlicher Trauung eines Katholiken mit einer Rechtsgläubigen wurde abermals ein lutherischer Pastor von dem biesigen Bezirksgericht zu achtmonatlicher Gefängnisstrafe verurtheilt.

Türkei.

Die „Agence de Constantinople“ erklärt die Meldung des „Standard“, die Vörschafter hätten sich in der Frage der Nachfolger des Gouverneurs von Kreta einmündig zu Gunsten des Fürsten von Samos, Karatheodor Pascha, ausgesprochen, für durchaus unrichtig. Die „Agence“ fügt hinzu, daß der Herrman vom Jahre 1889 nicht die Dauer der Funktion des Gouverneurs festsetzte. In der letzten der Konferenzen der Vörschafter, welche allwöchentlich stattfinden und einen Privatcharakter tragen, habe der russische Vörschafter Melnikov, unterstützt von dem französischen Vörschafter Combon, wohl geäußert, daß die Ernennung eines christlichen Gouverneurs wünschenswerth wäre, doch habe sich die Mehrzahl der anderen Vörschafter nicht auf diese Frage eingelassen. Von einem Schritte der Vörschafter oder einer Empfehlung derselben bei der Pforte sei somit keine Rede.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 7. März. Der Handelsminister hat unter dem 24. Februar eine Verfügung an die Handelskammern erlassen, die sich mit der Regelung des Wahlrechtes beschäftigt; es heißt darin: „Die Vorschrift des § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870, wonach die Wahlberechtigung für eine Handelskammer denjenigen Gesellschaften zusteht, welche als Inhaber einer Firma in dem für den Bezirk der Handelskammer geführten Handelsregister eingetragen sind, ist nicht auf die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes rechtlich zulässigen Gesellschaftsformen zu beschränken, sondern umfaßt auch alle die durch spätere Gesetze geschaffenen Gesellschaften, sofern für sie die Eintragung in das Handelsregister vorgehoben ist. Demnach wird beispielsweise den eingetragenen Gesellschaften mit beschränkter Haftung und denen mit unbeschränkter Nachschußpflicht die Berechtigung zur Theilnahme an der Wahl der Mitglieder der Handelskammer zugesprochen werden müssen. Das Gleiche gilt für die auf dem Reichsgesetz vom 20. April 1892 beruhenden Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die ebenfalls als Handelsgesellschaften (§ 13 Abs. 3 des Gesetzes), welche in das Handelsregister einzutragen sind (§ 7 Absatz 1), unter den § 3 des Handelskammergesetzes fallen.“

— Das neunte Verzeichniß der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen enthält die folgenden aus der Provinz Pommern: Bauerhofbesitzer Jordan zu Babin und Genossen, Rittergutsbesitzer Ostrow Glem zu Alt-Märkisch und Genossen, Rittergutsbesitzer Düb zu Keme bei Pyritz und Genossen, Bauerhofbesitzer Fied. Schönfeld zu Viersdorf und Genossen, Gemeindevorsteher Christ. Karow zu Horst und Genossen, Rittergutsbesitzer Wilh. Thoms zu Mellen und Genossen bitten beim Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland eine Herabsetzung der für die Einfuhr aus Rußland bestehenden landwirtschaftlichen Zölle nicht genehmigen zu wollen; Adolf Kamin zu Wollin und Genossen bitten der Militärverlage nur so weit zuzustimmen, als die zweijährige Dienstzeit für die Fußtruppen ohne Erhöhung der Friedenspräsenzstärke gleichmäßig eingeführt werde und die erforderlichen Mittel durch Abänderung der Brauweinbesteuerung unter Aufhebung der Kontingentierung aufzubringen.

* In der Zeit vom 26. Februar bis 4. März sind hieselbst 31 männliche und 34 weibliche, in Summa 65 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 34 Kinder unter 5 und 13 Personen über 50 Jahren. Von den Kindern starben 11 an Krämpfen und Krampfschmerzen, 6 an Lebensschwäche, 4 an Diphtheritis, 3 an Durchfall, 3 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 2 an Gehirnkrankheiten, 2 an Abzehrung, je 1 an Scharlach, Entzündung des Unterleibs und chronischer Krankheit. Von den Erwachsenen starben 6 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 5 an Schwindsucht, 5 an Altersschwäche, 3 an chronischen Krankheiten, je 2 an Grippe, Entzündung des Unterleibs und anderen entzündlichen Krankheiten, je 1 an Unterleibstypus, Krebskrankheit, organischer Herzkrankheit, Schlaganfall und Gehirnkrankheit; in einem Fall konnte die Todesursache nicht festgestellt werden.

— Der Regierungs-Assessor Freiherr von der Wenge Graf von Zamborski zu Schlawe ist der Regierung zu Köslin für weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

— Die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-gesellschaft versendet folgendes Zirkular an ihre Agenten: „Wenigleich die Zwischendecksekre-

